

## ABSTRACT

### Armut und Behinderung

Obwohl der Begriff „Behinderung“ im allgemeinen Sprachgebrauch häufig verwendet wird, kann „Behinderung“ nicht klar definiert werden. Der Begriff Behinderung umfasst soziale, ökonomische, medizinische, gesetzliche, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte und kann als Ergebnis einer dynamischen Interaktion zwischen Gesundheit und persönlichen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau auf der einen Seite und gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und physischen Umweltfaktoren auf der anderen Seite betrachtet werden. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob Armut das Risiko, dass Behinderungen auftreten, erhöht und bzw. oder das Auftreten einer Behinderung wiederum das Armutsrisiko der gesamten Familien erhöhen kann.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass im Durchschnitt 10 % der Bevölkerung mit körperlicher, psychisch-sozialer, intellektueller oder Sinnesbehinderung leben.<sup>1</sup> Eine Erhebung der Ursache von Behinderung<sup>2</sup> zeigt, dass

- entgegen der landläufigen Meinung, nur jede fünfte Behinderung angeboren bzw. bei der Geburt entstanden (17,9%) ist;
- 6,8 % durch Unfälle im Verkehr, Haushalt, Freizeit und Sport,
- 50,2% durch chronische Erkrankungen,
- und 18,9 % der Beeinträchtigungen durch die Berufsausübung erworben wurden (13,3 % durch Berufskrankheit, 5,6 % durch Arbeitsunfälle).

Einschränkend festzuhalten ist, dass es bis dato weder eine einheitlich verbindliche (internationale) Definition von Behinderung, noch eine verbindliche Methodologie bei der Datensammlung oder statistisch einheitliche Messinstrumente für die Erhebung der Prävalenz von Behinderung gibt. Infolge dessen stehen vergleichende Statistiken zur Behindertenprävalenz kaum zur Verfügung<sup>3</sup> bzw. ist ihre Aussagekraft anzuzweifeln. In der internationalen Datenerhebung lässt sich eine Hinwendung zum WHO-Konzept der „International Classification of Functioning, Disability and Health“ (ICF 2001) erkennen, in dessen Mittelpunkt die soziale Dimension von Behinderung steht und dem ein bio-psycho-soziales Modell der Komponenten von Gesundheit zugrunde gelegt wurde.<sup>4</sup> Im Hinblick auf die Forschungsfrage konkret der Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung in den aktuellen Sozialdaten untersucht und kritisch bewertet.

---

<sup>1</sup> vgl. Vereinte Nationen (2006): Some Facts about Persons with Disabilities

<sup>2</sup> Duprè, Didier/Karjalainen, Anti (2003): Beschäftigung behinderter Menschen in Europa 2002. Bevölkerung und soziale Bedingungen

<sup>3</sup> Vgl. Mont, Daniel (2007): Measuring Disability Prevalence, Wold Bank, S. 1; OECD (2003): Behindertenpolitik zwischen Beschäftigung und Versorgung, S. 45

<sup>4</sup> Vgl. Mont, Daniel (2007): Measuring Disability Prevalence, Wold Bank, S. 3ff; Disabled People International (2005): DPI Position Paper on the Definition of Disability; WHO (2004): ICF, o.J.

In den Entwicklungsländern ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung weit höher liegt (11 – 12 %), da dort der Zusammenhang von Behinderung und Armut besonders intensiv wirkt. Armut erhöht das Risiko, dass Behinderungen auftreten, das Auftreten einer Behinderung wiederum erhöht das Armutsrisiko.<sup>5</sup> Einer EUROSTAT-Umfrage zufolge<sup>6</sup> schätzten sich rund 14,4 % (4,5 % schwer, 10 % leicht) der befragten Personen (aus der Altersgruppe der 16 – 64jährigen) als behindert ein. Geschlechtsspezifische Unterschiede wurden kaum festgestellt (Frauen 15 %, Männer 14 %). Unterschiede weisen aber die untersuchten Staaten im Bewusstsein auf: Die Finnen liegen mit 32,2 % an der Spitze, Rumänien weist mit 5,8 % den untersten Wert auf. Österreich lag bei der Selbsteinschätzung der befragten Personen mit 12,8 % im Mittelfeld. Die Abweichungen lassen sich auf kulturelle Unterschiede, unterschiedliche Grade an Bewusstsein oder ein unterschiedliches Maß an Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung zurückführen. Aus diesem Ergebnis folgt die Schlussfolgerung: Wenn Behinderung gesellschaftlich als negativ beurteilt wird, stufen sich viele Betroffene *nicht* als behindert ein.

In Österreich sind aktuell 17 % der Haushalte mit Behinderung von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen. Dabei fällt auf, dass die Intensität der Einkommensnachteile (gemessen am Abstand des Medianeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsschwelle) mit 20 % als besonders hoch einzustufen ist.<sup>7</sup> Eine besondere Bedeutung bei der Reduktion von Armutsrisiko haben Sozialtransfers und Pensionen. Ohne diese Leistungen wären mehr als zwei Drittel (65 %) dieser Haushalte armutsgefährdet.<sup>8</sup> Generell ist anzumerken, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht nur in Haushalten mit Behinderung und bei älteren Menschen auftreten, sondern auch in Haushalten mit Langzeitarbeitslosigkeit und finanziellen Abhängigkeiten von Sozialleistungen zu finden sind, wobei die Richtung des Zusammenhangs ebenfalls uneindeutig ist.<sup>9</sup>

Aber trotz neuer Antidiskriminierungsgesetze und dem viel zitierten Paradigmenwechsel in der Politik für Menschen mit Behinderung erleben die Betroffenen weiterhin diverse Ungleichbehandlungen in allen Lebensbereichen. In Österreich sind behindertenpolitische Agenden eher Randthema als Querschnittsthematik. Zudem spielt im österreichischen Sozialsystem die Kausalität einer Behinderung – nicht wie in Ländern mit finaler Ausrichtung der Leistungssysteme (z.B. Skandinavien oder in liberalen westeuropäischen Ländern), die sich an den Bedürfnissen der Begünstigten orientieren<sup>10</sup> - eine besondere Rolle. Das österreichische System der sozialen Sicherheit orientiert sich mit seinem konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell an der Erwerbstätigkeit und am Subsidiaritätsprinzip.<sup>11</sup>

Die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung, einer gesellschaftspolitisch relevant und zugleich in Österreich noch immer zu wenig untersuchten und analysierten Personengruppe sind noch stark

---

<sup>5</sup> Vgl. Mont, Daniel (2007): Measuring Disability Prevalence, World Bank, S. 1ff

<sup>6</sup> Eurostat (2001): Disability and social participation in Europe. Key indicators. Die EU hat das Ausmaß einer Beeinträchtigung als subjektive Einschätzung der befragten Personen erhoben.

<sup>7</sup> EU-SILC (2006): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien 2008, S. 53

<sup>8</sup> Ebenda, S. 41f

<sup>9</sup> Ebenda, S. 54 und S. 160

<sup>10</sup> Vgl. Schmid, Tom (2008): Armut und Behinderung, S. 536-554

<sup>11</sup> Vgl. Esping-Andersen, Gøsta (1997): Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, S. 66 – 87

"unterforscht" und bildet gerade in der Armutforschung einen weißen Fleck. Einschränkend ist festzustellen, dass Politik für Menschen mit Behinderung kein klar abgrenzbarer politischer Bereich ist, sondern es existiert vielmehr als komplexer „policy mix“, der im Spannungsfeld von Existenzsicherung (sozialpolitische Absicherung), Rehabilitation (schulische Integration, Arbeitsmarktintegration) und Gleichstellung (Bürgerrechtspolitik) steht. Zudem macht sich bei Aktionen und Maßnahmen der Einfluss tradiert, wie auch ideologischer Einstellungen in den politischen Handlungen bemerkbar. Es liegt in der Verantwortung einer solidarischen Gesellschaft, Menschen mit Behinderung die notwendigen Unterstützungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Aber gerade die Diskussion über die Leistbarkeit und die Finanzierung von adäquaten Unterstützungsleistungen war und ist Architektin der Sozialplanung. Diese Kostenkalkulation trifft in besonderem Maße für Menschen mit Behinderung zu. Mit dem Verweis auf Charity-Events und Spendensammlungen zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung zurück, für die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten Sorge zu tragen.

#### **Literatur:**

Disabled People International (2005): DPI Position Paper on the Definition of Disability, dl 20.03.2008, URL: [http://v1.dpi.org/lang-en/resources/topics\\_detail?page=74](http://v1.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=74)

Duprè, Didier/Karjalainen, Anti (2003): Beschäftigung behinderter Menschen in Europa 2002. Bevölkerung und soziale Bedingungen, EUROSTAT, Thema 3-26/2003, S. 1ff, dl 25.03.2008, URL: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/health\\_safety/docs/disabled\\_%202002\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/health_safety/docs/disabled_%202002_de.pdf)

Esping-Andersen, Gøsta (1997): Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, S. 66 – 87, in: Esping-Andersen, Gøsta [Hrsg.]: Welfare states in transition. National adaptations in global economies, London, Sage

Eurostat (2001): Disability and social participation in Europe. Key indicators. Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg

Mont, Daniel (2007): Measuring Disability Prevalence, World Bank, March 2007, S. 1, dl 20.03.2008, URL: <http://siteresources.worldbank.org/DISABILITY/Resources/Data/MontPrevalence.pdf>

OECD (2003): Behindertenpolitik zwischen Beschäftigung und Versorgung, Europäisches Zentrum Wien, Frankfurt, Campus Verlag

Schmid, Tom (2008): Armut und Behinderung, S. 536-554, in: Knapp, Gerald/Pichler, Heinz (Hg.): Armut, Gesellschaft und soziale Arbeit, Klagenfurt Verlag, Hermagoras

Vereinte Nationen (2006): Some Facts about Persons with Disabilities, 2006, dl 20.03.2008, URL: <http://www.un.org/disabilities/convention/pdfs/factsheet.pdf>

WHO (2004): ICF, o.J. dl 20.03.2008, URL: <http://www.who.int/classifications/icf/en/>